

Als dann im Buch mit den 100 besten Arbeitgebern und anschließend auch in mindestens 4 Tageszeitungen nachzulesen war, dass sich die Familienfreundlichkeit auf die Mitarbeiter des Unternehmens bezog, wie z.B. Haushaltstag, monatliche Tankgutscheine, kostenfreie Massagen, Übernahme der Kosten für Kindertagesstätten, Dampferfahrten, Theaterbesuche usw. war die Verwunderung doch sehr groß. Für eine kommunale Wohnungsgesellschaft sind diese Maßnahmen unangemessen und überzogen.

Über diese Angelegenheit wurde auch der Aufsichtsrat informiert. Eine Auswertung dazu erfolgte zur Aufsichtsrats-sitzung am 11. 03. 2008. Einige Aufsichtsratsmitglieder haben ebenfalls ihre Verwunderung darüber zum Ausdruck gebracht. Herr Bachmayer ergänzte noch die Ausführungen des Bürgermeisters zur Aufsichtsratssitzung dahingehend, dass er kein Verständnis dafür habe, dass die Mitarbeiter der Gesellschaft wesentlich besser behandelt werden als allgemein, z. B. in der Stadtverwaltung. Die Mitarbeiter der Gesellschaft werden bereits nach West-Tarif (38 Std.-Woche und 100 % Gehalt) entlohnt. Weitere Vergünstigungen in diesem Umfang sind deshalb unangemessen.

Im Ergebnis der Diskussion im Aufsichtsrat wurde mehrheitlich beschlossen, den Wirtschaftsprüfer zu beauftragen, bei seiner Erläuterung zum Jahresabschlusses 2007 einen Vergleich der gehaltspolitischen Maßnahmen der Gesellschaft mit anderen Wohnungsgesellschaften, die Tochterunternehmen von Kommunen sind, vorzunehmen und zu erläutern.

Im Ergebnis dieser Prüfung wurde durch den Wirtschaftsprüfer mitgeteilt, dass die Verwaltungskosten etwas über dem Durchschnitt liegen. Aus Sicht des Wirtschaftsprüfers, wendet das Unternehmen für die Entlohnung seiner Mitarbeiter den wohnungswirtschaftlichen Tarif beanstandungsfrei an. Die an die Mitarbeiter gewährten Vergünstigungen sind auch durchaus zulässig. Die Vergünstigungen werden allerdings nicht in allen von ihm geprüften Wohnungsunternehmen so gewährt.

Herr Kirsch teilt weiter mit, wie bereits aus der Presse zu entnehmen war, wurde die Vergabe der Tankgutscheine eingestellt.“

Die vollständigen Antworten des Bürgermeisters können sie im Internet unter www.linke-erkner.de nachlesen.

Erkner – ungefiltert, Informationsblatt der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Erkner
V.i.S.d.P.: Andrea Pohl, Fraktionsvorsitzende, Tel. 2 73 58;
Auflage: 1 000 Stück; Redaktionsschluss: 18. 9. 2008
kontakt@linke-erkner.de • www.linke-erkner.de

Die Kandidatinnen und Kandidaten der Partei DIE LINKE für die Stadtverordnetenversammlung Erkner

- **Dr. Elvira Strauß**
57 Jahre, verh., 2 erw. Kinder; freiberufliche Dozentin
- **Dr. Lothar Kober**
64 Jahre, verh., 2 erw. Kinder; Angestellter
- **Barbara Zirnstein**
57 Jahre, verw., 3 erw. Kinder; Berufsschullehrerin
- **Peer Jürgens**
28 Jahre, ledig; Student, Landtagsabgeordneter
- **Rita-Sybille Heinrich**
50 Jahre, verh., 2 erw. Kinder; Diplomingenieur
- **Klaus-Dieter Föhlinger**
55 Jahre, verh., 3 erw. Kinder; freiberuflicher Dozent
- **Frank Dahmen**
41 Jahre, verh., 2 Kinder; Diplom-Verwaltungswirt
- **Prof. Dr. Tankred Schewe**
64 Jahre, verh., 2 erw. Kinder; Fach-Biochemiker der Medizin; parteilos, Mitglied im NABU
- **Jürgen Reichelt**
51 Jahre, verh., 2 Kinder; Meister, selbständig; parteilos;
- **Wolfgang Specht**
64 Jahre, gesch., 2 erw. Kinder; Diplomingenieur, Rentner; parteilos;
- **Jörg Krüger**
52 Jahre, gesch., 3 erw. Kinder; Ausbilder, System-administrator; parteilos;
- **Thomas Ernst**
48 Jahre, 2 Kinder; kaufmännischer Angestellter;

Die Kandidatinnen und Kandidaten der Partei DIE LINKE aus Erkner für den Kreistag Oder-Spree

Peer Jürgens, Klaus-Dieter Föhlinger, Frank Dahmen

Als Spitzenkandidatin der Partei DIE LINKE im Wahlkreis 1 (u. a. Erkner) kandidiert aus Gosen-Neu Zittau:

- **Monika Krüger**
53 Jahre, gesch., 2 Kinder, 2 Enkel; Diplom-Mathematikerin, Projektmanagerin

Erkner – ungefiltert

Informationen der
Fraktion DIE LINKE
in der SVV

Nr. 3/2008
29. September 2008

DIE LINKE.

Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung Erkner

Bildungspolitik in Brandenburg und Erkner

Wenn der Finanzminister regiert



Ja, wie halt ich's mit der Bildung? Eine unendliche Geschichte. Irgendwie kriegt das in Brandenburg keiner in die Reihe. Jede neue Studie bescheinigt, dass Deutschland und hier insbesondere Brandenburg bei den Ergebnissen im Bildungsbereich immer ganz hinten liegen. Trotz großtönender Worte wie – „Die Bildung ist eine Investition in die Zukunft“ – passiert nichts. Eigentlich kann ich es gar nicht mehr hören, ein Statement jagt das nächste, Versprechungen und Beteuerungen wie wichtig Bildung sei ..., aber es folgen keine oder kaum Taten. Wie sollen sie auch, wenn in Brandenburg der Finanzminister die Bildung diktiert?

Es ist völlig unverständlich, dass in fast allen

Sekundar-I- und -II-Schulen schon zu Beginn des Schuljahres *Unterricht geplant ausfällt*, weil viele Lehrer gezwungen werden in Teilzeit zu arbeiten, obwohl der voller Unterrichtsbedarf da ist. Aber so ist es billiger. Es wird also gespart, statt in die Zukunft zu investieren.

Genauso war es vor Jahren in Erkner, als die Grundschule „Am Rund“ aus finanziellen Gründen geschlossen wurde. Zwei Jahre lang kämpften Schüler, Eltern und Lehrer (mit Unterstützung der Fraktion der PDS – jetzt LINKEN) um den Erhalt dieser Schule. Erfolglos! Das Argument der Mehrheitsfraktionen: **Zu wenig Schüler, deshalb unrentabel.**

Bei der entscheidenden 5. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26. April 2004 habe ich gewarnt: „... dass Sie die Grundschule ‚Am Rund‘ geschlossen haben, wird uns eines Tages garantiert noch einmal auf die Füße fallen. Die Geburtenrate wird wieder steigen, schon in den nächsten Jahren haben wir mehr Grundschulkinder. Die Räumlichkeiten werden beengt ...“ Genau diese Situation ist jetzt eingetreten. Die Löcknitz-Grundschule reicht nicht mehr aus. Es muss angebaut werden. Der Hortbetrieb funktioniert gerade so, wie es eben bei Überbelegung geht.

So viel zur Bildungspolitik in Erkner, die ja weitsichtig sein und nicht von einem Tag zum anderen wursteln sollte. Manchmal habe ich den Eindruck, dass die Verantwortlichen staunen, dass da ein neues Schuljahr kommt und beginnen erst im August zu planen.

Der Förderschule „Am Rund“ wünsche ich von ganzem Herzen, dass bei ihr endlich Ruhe einkehrt und eine kontinuierliche Planung und ein sorgloses Lernen möglich sind. Wir, die Abgeordneten der LINKEN, werden uns dafür einsetzen, dass solch absurde Ideen, wie sie zu Beginn des Jahres im Landkreis geäußert wurden – Gymnasium an die Rundscheule – oder ähnliche Vorhaben nicht Wirklichkeit werden. Wir stehen für einen modernen Bildungsstandort Erkner, der Chancengleichheit für alle Kinder schafft.



Barbara Zirnstein

Stadtverordnete, Mitglied im Ausschuss Bildung, Soziales, Jugend, Sport, Kultur

Sie kandidiert am 28. September auf der Liste der Partei DIE LINKE wieder für die Stadtverordnetenversammlung Erkner.

Ein Nachtrag zur Bildungspolitik mit Fragen

Unter der Überschrift: „Wenn Schule und Hort rappellvoll sind“, berichtete die „MOZ“ am 3. September 2008 darüber, dass nicht alle Erkneraner Kinder in der Stadt zur Schule gehen können und der Hort aus allen Nähten platzt.

Nachdem wir erfuhren, dass weder die Schulleitung noch die Stadt für die verfahrenere Situation verantwortlich sind, sondern die Finanzen auf der Landesebene, berichtete die Zeitung über die anerkennenswerten Bemühungen, wenigstens das Problem der fehlenden Hortplätze zu lösen. Viele Fragen bleiben dennoch offen. Sie sind so wichtig, dass wir als Bürger, Eltern und Lehrer im Interesse unserer Kinder unbedingt dafür sorgen sollten, dass Abhilfe geschaffen und die Missstände beseitigt werden.

- Die eigentliche Hortbetreuung hat laut „MOZ“ eine Kapazität von 188 Plätzen, aber zurzeit werden 250 Kinder betreut, das sind 33 Prozent mehr.
 - Wie wird das mit der Platzfrage geregelt?
 - Wie viel qualifiziertes Betreuungspersonal wurde zusätzlich eingestellt?
 - Wie ist es im Hort überhaupt möglich, eine ordentliche pädagogische Arbeit zu leisten, wie wird z. B. die Hausaufgabenbetreuung gesichert?
 - Wie werden die sicherheitstechnischen Vorschriften eingehalten – bei dieser hohen Überbelegung?
 - Und warum werden in dieser Situation nicht Schulräume für eine Hortbetreuung z. B. für die Klassen 4–6 genutzt?
- Warum wird von Seiten der Politik nicht darum gekämpft, dass alle Grundschulen Ganztagschulen werden?
- Als Alternative für den jetzigen Zustand wird die Hortbetreuung (ohne Erzieher) in der Klappstulle empfohlen. Diese ist aber für die Hortbetreuung völlig ungeeignet und sollte eigentlich als Freizeittreff gelten.
- Dass die Zustände jetzt so sind, war absehbar, denn als die Grundschule „Am Rund“ geschlossen wurde, hätte man das mit nur etwas Weitsicht erkennen können. Entspannung ist nicht in Sicht. Die Situation wird sich wahrscheinlich noch zuspitzen, wenn Teile des TEWE-Geländes als Bauland für Eigentümer genutzt werden und viele junge Familien hier ein zu Hause finden.

Die Schülerströme durch Erkner werden nicht abbrechen und die Schulwegsicherung wird zu einem ausufernden Problem. Dafür gibt es ja im Moment die 1-Euro-Jobber, oder? Es ist schön, dass wir in Erkner wieder mehr Kinder haben, aber wir müssen dem auch Rechnung tragen.

Die verantwortlichen Politiker versprechen ständig, mehr Geld in die Bildung zu stecken. Aber wo bleibt es? Wahrscheinlich sind alles nur leere Versprechungen, um das

Wahlvolk ruhig zu stellen und die nächste Wahl zu gewinnen. Denn Geld kommt nicht ausreichend in Schulen und Horten an. Angeblich gibt es die Haushaltslage nicht her. Aber gleichzeitig können wir es uns leisten, als „Entwicklungsgelhilfen“ für die USA Bundeswehr-Kampftruppen in den Krieg nach Afghanistan zu schicken.



Jürgen Reichelt

Stadtverordneter, Mitglied im Ausschuss Bauplanung, Ortsgestaltung, Verkehr, Umwelt

Er kandidiert am 28. September auf der Liste der Partei DIE LINKE wieder für die Stadtverordnetenversammlung Erkner.

Wie es im Protokoll steht ...

Zur 26. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Erkner am 9. Juli 2008 stellte Dr. Lothar Kober fünf Fragen zur Auszeichnung der Wohnungsgesellschaft Erkner Januar 2008 als familienfreundliches Unternehmen. Die „MOZ“ berichtete in zwei Beiträgen so, dass der Eindruck entstehen konnte, der Fragende und DIE LINKE seien gegen dieses soziale Engagement. Machen sie sich an Hand der Antwort des Bürgermeisters selbst ein Bild:

„Frage 1:

Welche dieser an die Beschäftigten der Wohnungsgesellschaft Erkner gewährten Zuwendungen werden vom Gesellschafter für gerechtfertigt, welche Zuwendungen für überzogen erachtet; gibt es in dieser Hinsicht Übereinstimmung oder Meinungsverschiedenheiten mit dem Aufsichtsrat der Wohnungsgesellschaft?

Antwort:

Herr Kirsch führt aus, nach dem bekannt wurde, dass die stadteigene Wohnungsgesellschaft im Januar 2008 als familienfreundliches Unternehmen eine Auszeichnung erhalten soll, habe ich ein Glückwunschschreiben an die Geschäftsführung gerichtet. Ich bin davon ausgegangen, dass damit vor allem die Familienfreundlichkeit der Wohnungsgesellschaft, die durchaus von der Wohnungsgesellschaft in Erkner durchgeführt wird, gemeint ist.